

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 23. Juli 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Berantwort. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 8—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierstündiglich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Angaben: die Zeitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nekramen 30 Pf.

Das Wasseramt.

Der auf Grund des Erlasses vom 28. Februar d. J. ernannte „Ausschuss zur Untersuchung der Wasserberuhilfe in den der Überschwemmungsgefahr besonders ausgesetzten Fließgebieten“ hat nach erfolgter Konstituierung beschlossen, daß außer dem aus fünf Mitgliedern bestehenden engeren Ausschuß, der seinen ständigen Sitz in Berlin und die Aufgabe hat, den vom Gesamtausschüsse festgestellten Arbeitsspiel durchzuführen, die Beaufsicht des Ausschusses vorzubereiten und die Arbeiten des Bureau zu leiten — noch sogenannte Unterausschüsse gebildet werden sollen. Diese werden für jedes der verschiedenen Fließgebiete vom Gesamtausschüsse eingesetzt, sollen aus nicht mehr als sieben Mitgliedern bestehen, und zwar aus Verwaltungsbeamten, Technikern und Leuten, die, so weit sie nicht etwa dem Ausschüsse als Mitglieder bereits angehören, zu seinen Beratungen zugelassen werden, wenn es sich um Stromgebiete handelt, für welche der Unterausschuss eingerichtet ist.

Außerdem ist in Aussicht genommen, unter Leitung des engeren Ausschusses und seines Bureaus für die einzelnen Stromgebiete besondere technische Bureaus zu errichten. Der Gesamtausschub hat zur Prüfung und Beantwortung der beiden Fragen:

Welches sind die Ursachen der in neuerer Zeit vorgekommenen Überschwemmungen?

Welche anderweitigen Maßregeln können angewendet werden, um für die Zukunft der Hochwassergefahr und den Überschwemmungsschäden soweit wie möglich vorzubereiten?

Seine Tätigkeit vor kurzem mit einer Bereisung der Oder begonnen, und zwar am ersten Tage auf der unregulierten Strecke Oberberg-Ratibor, am darauf folgenden Tage auf der regulierten Strecke Breslau-Glogau. Dem Bericht nach ist es hierbei gelungen, die Mitglieder des Gesamtausschusses durch den Vergleich der nicht regulierten und regulierten Oderstrecke zu überzeugen, daß durch die Oderregulierung eine Steigerung der Hochwassergefahr und der in neuerer Zeit beträchtlich zugenommenen Überschwemmungsschäden nicht eingetreten ist, und sogar die Fließhöhe auf den regulierten Strecken eine gleichmäßige und tiefe Lage hat als auf den unregulierten Strecken, daß dagegen die zunehmende Hochwassergefahr auf die unregulierten, an vielen Stellen zu engen Lage der Deiche zurückzuführen. Gelingt es der Wasserbauverwaltung auch bei den übrigen Strömen, den Gesamtausschub in gleicher Weise zu überzeugen, daß durch die Regulierung der Flüsse außer dem Nutzen für die Schifffahrt auch für die ungehinderte Ausfuhrung des Wassers unentbehrlich ist, so dürfen wir wohl hoffen, daß die bis jetzt besonders im Osten vorgefasste Meinung gegen die Regulierung der Ströme schwanken und sich gegen die wahre Ursache der Hochwassergefahr — die unregelmäßige und vielfach zu enge Lage der Deiche — richten wird. In dieser Voraussetzung glauben wir erwartet zu dürfen, daß der Gesamtausschub neben der Erledigung der beiden die Ursache der Überschwemmungen betreffenden Hauptfragen seine Tätigkeit demnächst vorzugsweise den Regelungen und Kanalisierungen für Schiffsverkehre zuwenden wird, damit bei den in der Ausführung befreiteten Bauten: der Oderkanalisation, dem Dortmund-Ems-Kanal, der Rege-Regulierung, der Kanalisierung der Havel, sowie bei den in Aussicht stehenden Bauten: dem Rhein-Weser-Etsana, der Moselkanalisation u. s. w., die so wichtigen Fragen der Wasserleitung, der Abmessungen der Schleusen, der Höhenlage der Brücken, der Anlage der Häfen, sowie event. der Erhebung von Schiffsverkehrsabgaben einheitlich geregelt werden. Da im Gesamtausschub die Schiffsschiffahrt leider nur durch einen Interessenten, den Generaldirektor Bellinghau in Dresden, vertreten ist, so erscheint es bringend notwendig, daß wenigstens in den für die verschiedenen Fließgebiete zu bildenden Unter-Ausschüssen den Interessen der Schiffsverkehr und des Handels eine entsprechende Vertretung gewährt wird.

Auf diese Weise würde jedenfalls der Ausbau unserer Wasserstraßen, dem ja auch die Staatsregierung erlich ein lebhaftes Interesse zuwendet, wesentlich gefördert und die so notwendige Einheit in der Anlage unserer Wasserstraßen erreicht werden.

Deutschland.

Berlin, 23. Juli. Zu der gestern gemeldeten Ernennung des Geh. Regierungsrath Dr. Köhler zum Wirk. Regierungsrath und vortragenden Rath im Auswärtigen Amt bemerkte die „N. R. Bz. Bz.“:

Diese Ernennung bezeichnet eine weittragende Änderung. Wie im Ministerium des Innern ein vortragender Rath mit der Aussicht über das Preußische betraut ist, so hat auch in dem Auswärtigen Amt ein Mitglied dieselbe Aufgabe. Mit diesem Amte wurde Anfang der 70er Jahre der Geh. Leg.-Rath Prof. Dr. Regidt betraut; nach dessen Austritt aus dem Amt und Wiederübernahme einer Professor wurde Geh. Leg.-Rath Dr. Lindau sein Nachfolger; von diesem wurde bald bekannt, daß er der Berliner Berichtsstelle der Wiener „Polit. Korresp.“ war. Auf diese Weise erfuhr man, daß er nicht allein Informationen ertheile und die Preßangelegenheiten überwache, sondern selbst politische Artikel schreibe. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er sich nicht allein mit solchen Darlegungen in anerkannten öffentlichen Organen begnügt. Nach seiner Versehung in den Verwaltungsrath der österreichischen Schule zu Konstantinopel trat Dr. Köhler an seine Stelle, welcher seit 1877 das literarische Bureau leitete. Bereits Anfang März erfolgte seine Versehung in das Auswärtige Amt; wenn nun seine definitive Ernennung jetzt nach vier Monaten verlängert wird, so liegt die Annahme nahe, daß das ursprüngliche Provisorium zu Ende und sein Verbleiben im Auswärtigen Amt sicher ist. Die Verbindungen des Auswärtigen Amtes zur Presse waren unter der früheren Leitung sehr weitgehende, lebhafte und häufig von parteiischer Stellungnahme nicht frei; bald wird man erkennen, ob hierin eine wesentliche Änderung eintrete.

Röhrers Neigungen und Verbindungen sind als die seines Vorvorgängers.

Dr. Köhler wird, wie wir erfahren, am 1. August seinen üblichen Sommerurlaub antreten. Seine Stellvertretung wird ein zur Zeit

im Gefolge des Kaisers befindliches Mitglied des Auswärtigen Amtes übernehmen.

In Sachen der Sonntagsruhe stand am Donnerstag Abend bei Keller, Klopstockstraße 97, eine öffentliche Versammlung der Obst-, Gemüse-, Milch-, Kohlen-, Vorlos- und Materialwarenhändler statt, um zu berathen, welche Schritte gegenüber dem Schankverbot zu thun haben. Die Versammlung war von etwas über 300 Teilnehmern besucht. Ausgegangen war die Einladung zu dieser Versammlung von den Vorständen einiger Berufsvereinigungen der genannten Branchen. Es kommen dabei in Betracht die Vereine „Gemeinshaft“, „Potsdamer Vorstadt“, „Südwest“, „Immergrün“, „Einigkeit“, „Merkur“, „Hand in Hand“ und der Verein der Milchpächter. Den Vorsitz führte der Gemüsehändler Hinke, vom Verein „Potsdamer Vorstadt“. Derselbe bemerkte, daß die kleinen Geschäftleute der genannten Branchen dadurch, daß es den Gastwirten gestattet sei, an Sonntagen nach Schluß der übrigen Geschäftslage Bier und Getränke über die Straße hinweg verkaufen zu dürfen, in eine schlechte Geschäftslage gekommen sind. Es sei doch bekannt, daß die kleinen Geschäftleute, wie Gemüse-, Vorlos- und Materialwarenhändler auch mit Glasbierbuden und Getränken handeln und viele Kunden hierfür haben. Diese Kundschafft werde ihnen aber verloren gehen, wenn es den Gastwirten gestattet sei, außer der Zeit über die Straße hinweg verkaufen zu dürfen, denn die Kundschafft werde sich dann an die Gastronomie gewöhnen. Man müsse deshalb darin zu wirken suchen, daß entweder den genannten Händlern ebenfalls der unbedrängte Verkauf gestattet werde oder den Gastwirten der Verkauf über die Straße während des Schlusses der anderen Geschäfte verboten werde. Nach einer sehr lebhaften Debatte ergang folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich voll und ganz für die Sonntagsruhe und verlangt nur gesetzliche Gleichheit für alle Gewerbebetriebe.“ Die Versammlung ernannte schließlich eine Deputation, bestehend aus je einem Mitgliede der im Anfang des Berichts genannten Berufsvereine, welche eine Audienz beim Polizeipräsidium nachsuchen, demselben die Lage der Händler auszandersetzen und ein möglichst gutes Resultat für dieselben zu erreichen hoffen soll.

Über die demoralisirenden Wirkungen der Frauenerarbeit in Fabriken weilt der preußische Gewerberath für den Regierungsbereich Schleswig-Holstein für das Jahr 1891 einige bemerkenswerte Beobachtungen mit:

Nach den Arbeitsergebnissen, die ihm ein Arbeitgeber, der 308 Arbeitserinnen beschäftigt gemacht hat, hätten manche von ihnen gar keine eigene Wohnung, sondern übernachten einfach bei ihren jeweiligen Liebhabern und blieben auch zeitweise so lange von der Arbeit fort, als diese Liebhaber ihrer nicht überdrüssig würden. Erst wenn das letztere eintrat, suchten sie wieder aufs neue Arbeit nach. Die Aufseherin, eine energische Frau, klage über die Schwierigkeit, unter dieser Gesellschaft Ordnung zu halten. Der Arbeitgeber betonte ferner, sobald er nur ein paar junge Arbeiterrinnen mehr brauchen könnte, sie sich gleich in Hunderten meldeten, wohingegen es um so schwerer sei, ordentliche Dienstmädchen zu erhalten. Ferner teilte der technische Leiter einer der bedeutendsten Fabriken dem erwähnten Gewerberath mit, daß die Ehen verschiedener seiner Arbeiter mit früheren Arbeitern einer in der Nähe befindlichen anderen Fabrik oft höchst ungünstig wären. Diese Arbeiter wären nämlich nicht jünger als 18 Jahre, wenn sie bald nach der Verheirathung dem Trunk ergeben hätten, da ihre Frauen sich weiter mit dem Lohn ihrer Männer annehmen würden, noch daß Geringste verunstätig zu Kochen verstanden, sowie ihren Haushaltspflichten überhaupt nicht ernsthaft nachzukommen bestrebt wären. Er mache für diese Erscheinungen in erster Linie die Fabrikarbeit der Mädchen verantwortlich und behauptete, daß, wenn ein in die Fabrik eintretendes Mädchen noch eine gewisse Moral dorthin mitbringe, ihm diese binnen kurzer Zeit vor der übrigen stiftlich vermaulosten Gesellschaft sicher ausgetrieben würde. Nach dem, was der Gewerberath für Schleswig auf diesem Gebiete, namentlich in Altona, erfahren hat, ist er überzeugt, daß die gleiche Ausdehnung, welche die heutige Fabrikarbeit der Mädchen gewonnen hat, allerdings in mehr als einer Hinsicht ein sehr ernstes Moment in der ganzen heutigen Arbeitersfrage bilde.

Diese bemerkenswerten Mitteilungen bestätigen nur, was im Großen und Ganzen längst als Selbststand empfunden worden ist; aber es ist in hohem Grade dankenswerth, daß von autoritativer Stelle hier einmal der Finger in die Wunde gelegt wird. Schließt der Gewerberath für Schleswig mit der ziemlich hoffnungslosen Bemerkung, daß von vornherein jeder Versuch, diesen schweren Übelstand beizufügen, ziemlich aussichtslos erscheinen müsse, so möchten wir doch vor einer Nutzlosigkeit auf diesen Gebieten warnen. Freilich wäre es ein vergebliches Bemühen, wollte man auf Abschaffung der Mädchendarbeit in Fabrikbetrieben drängen; ein solches Beitreten wäre nicht nur von vornherein erfolglos, sondern auch viel zu hart gegen die reale Arbeiterschaft; aber der Versuch, die reale Jugend in hauswirtschaftlicher Beziehung besser vorzubilden und sie in sittlicher Beziehung einer strengeren Zucht zu unterwerfen, ist an sich gewiß lohnend genug und dürfte immerhin von nicht unerheblichen Erfolgen beleitet sein.

Breslau, 22. Juli. Der Regierungspräsident zu Oppeln, Herr von Bitter, hat deutlich am Sonntagsruhe an die Landräthe seines Bezirks eine sehr bemerkenswerte Verfügung erlassen. Der Regierungspräsident hebt hervor, daß eine nicht unbedeutliche Zahl von Hälften seiner Kenntnis gelangt sei, in denen die nach gesetzlichen Vorschriften als Norm angenommene zweistündige Pause für den Hauptgottesdienst zum Theil sogar ganz erheblich überschritten wäre. Eine solche Ausdehnung der Abendpause ist nicht wünschenswert. Da nämlich in solchen Fällen, so führt die Verfügung aus, gemäß der innerstaatlichen Anweisung, der über zwei Stunden hinaus verlängerten Pause entsprechend, der Beiträger die Verhängungszeit, für welche unbedingt fünf ganze Stunden freizulassen sind, früher (also vor 7 Uhr Morgens) zu legen ist, so falle die selbe in eine so frühe Morgenstunde, daß da-

durch den Interessen und Wünschen der Bevölkerung nicht nur gebient, sondern empfindlich nahe getreten werde. Ferner macht der Regierungspräsident darauf aufmerksam, daß die Ortspolizeibehörden sich vielfach über den Umfang des Begriffs „Handelsgewerbe“ noch nicht klar seien und sich daher zu unrichtigen Maßnahmen namentlich in solchen Fällen haben verleiten lassen, in denen von Gewerbetreibenden neben dem Handelsgewerbe ein anderes Gewerbe betrieben wird. Dies sei z. B. bei Friseuren und Konditoren der Fall, welche neben dem Verkauf von Waren ihr eigenes Gewerbe, beziehungsweise das Schankgewerbe betreiben. In solchen Fällen dürfte die gesetzlich gebotene Beschränkung des kaufmännischen Gewerbes nicht auch eine Störung ihres anderen Gewerbes nach sich ziehen. Endlich eröffnet der Regierungspräsident noch, daß die vielfach eingehenden Gesuche um Gestaltung weiterer Ausnahmen im Sinne der Verkehrsbeschränkung, z. B. für Ablauffeste, keine Verhinderung finden können.

Durch einen glücklichen Zufall wurden bei Ausführung der Arbeiten bei Errichtung auf dem Boden des Rathauses im Schutze unter den Dielen, vorstreich erhalten, über 2000 Schriftstücke aus der Zeit von 1390—1540 aufgefunden. Dieselben sind zum größten Theil privatrechtlichen Inhalts (Rathdebete, Schöffenbriefe u. s. w.), aber auch wichtige politischen Inhalts und liefern in dieser letzteren Eigenschaft hochwichtige Beiträge zur allgemeinen politischen und Kirchengeschichte jener Zeit. Es ist anzunehmen, daß mit der Aufstellung jener Dokumente der Schatz noch nicht erschöpft ist, denn vor neun Jahren (1883) fand man bei der Reparatur des Rathausdaches ebenfalls zahlreiche Bündel von interessanten Schriftstücken, welche an solcher Stelle gewiß nicht zu vermutthen waren. Durch systematische Durchsuchung hofft man jetzt das Stadtarchiv noch ansehnlich bereichern zu können.

Bromberg, 22. Juli. Der „Ostdeutsche Volksanzeiger“ meldet: Auf dem Bahnhofe Jaworzno ist, wie angeblich der dortige Bahnarzt festgestellt haben soll, ein Arbeiter an der Cholera erkrankt. Bestätigung bleibt noch abzuwarten.

Köln, 22. Juli. (W. T. B.) Der „Kölner Zeitung“ wird aus Petersburg geschrieben, in unterrichteten Kreisen halte man die angeblich bestehende Aufhebung des Roggenauflaufverbots für belanglos wegen der geringen Vorkräfte, man glaube aber, die Maßregel werde im Auslande einen guten Einbruck hervorbringen.

Niels, 21. Juli. Nachdem unser Kriegshafen seit längerer Zeit von Kriegsschiffen entblößt war, wird in nächster Woche wieder eine große Anzahl Schiffe hierher zurückkehren. Die Mandörflotte, welche heute von Wilhelmshaven nach Christiansund in See gegangen ist, trifft hier am 29. Juli ein. Nur der zu dieser Flotte bisher gehörige Panzer „Dönberg“ kehrt mit zurück; das Schiff scheidet aus dem Verbande aus und verbleibt, behufs Vornahme einer größeren Reparatur, in Wilhelmshaven. Von Danzig kommend trifft in nächster Woche ein Torpedobootsflottille ein und tritt am 1. August in den Verbänden der Mandörflotte, worauf die großen See-Übungen im Flotten-Verbande ihren Anfang nehmen. Ferner treffen in nächster Zeit vier Schulschiffe hier ein. Das Schiffsjungen-Schulschiff „Wolfe“, nach 1½-jähriger Abwesenheit von Westindien kommend, ist heute von Plymouth nach Acreval (Norwegen) in See gegangen, von wo aus das Schiff Mitt. August in Kiel eintrifft. Das Schiffsjungen-Schulschiff „Gneisenau“ geht übermorgen von Neuwestphalen nach Göteborg in See und von dort aus nach der schwedischen Küste. Hier wird das Schiff alsbann mit Mission, Proviant u. s. w. ausgerüstet, um Ende August eine einjährige Reise nach der ostamerikanischen Station anzutreten. Das Kadetten-Schulschiff „Stosch“ verläßt übermorgen Cowes auf der Insel Wight und geht über Marstrand (Schweden) nach Kiel. Das Schiffsjungen-Schulschiff „Nixe“ geht nächsten Montag von Swinemünde nach Stockholm, von dort nach Danzig und lehrt nach Kiel zurück.

Der Arzt „Grille“, welcher heute in Danzig eingetroffen ist, sagt morgen seine Küstenaufzettelung ab und trifft Ende nächster Woche in Kiel ein.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 22. Juli. Zwischen dem Könige und dem mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragten ehemaligen Ministerpräsidenten Emil Stang ist eine Übereinkunft zwischen dem Reichstag und dem König eingegangen.

Die Abteilung für Metallindustrie des

Landesarbeitsrats hat sich grundsätzlich dafür entschieden, daß jugendliche Arbeiter in diesem Alter ebenso wie die Erwachsenen eine allgemeine Stimmberechtigung haben, daß das allgemeine Stimmrecht sich von ihnen gänzlich ließe. Seitdem aber die sozialrevolutionären Lehren in die Massen eingangen, gefunden haben, und die Sozialdemokraten aller anderen Parteien einschließlich der Radikalen in Pausch und Bogen für eine einzige reaktionäre

Masse erklärt haben, ist es mit der idealen Schwärmerie der Linken für das allgemeine Wahlrecht plötzlich vorbei. Gegenwärtig verdecken liberale und ultramontane Streitigkeiten untereinander und mit der Regierung nur den Mangel an revisionistischem Wagemut, der in beiden Parteien gleichmäßig vorhanden ist.

Die Arbeitsförderung der Radikalen würde das nicht so sehr ansehen, wenn sie nämlich sicher wären, daß das allgemeine Stimmrecht sich von ihnen gänzlich ließe. Seitdem aber die sozialrevolutionären Lehren in die Massen eingangen, gefunden haben, und die Sozialdemokraten aller anderen Parteien einschließlich der Radikalen in Pausch und Bogen für eine einzige reaktionäre

Masse erklärt haben, ist es mit der idealen

Schwärmerie der Linken für das allgemeine Wahlrecht plötzlich vorbei.

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der 5.

internationalen Binnenschiffahrt-Kongress wählt

die Kästenfunde zum Misvergnügen der leitenden

Kreise an der Newa gegenwärtig auf kein Gehör

in Frankreich hoffen dürfen, die Sympathien der Russen wach zu erhalten.

Der „Boss. Bz.“ wird hierüber gemeldet:

„Ein Ausschuß von Parlamentsmitgliedern und Journalisten trat unter dem Vorsitz des Pariser Abgeordneten Berger zusammen, um eine russenfreundliche Kundgebung vorzubereiten. Die Meinungen schwanken noch zwischen einer Ausstellung einer Lotterie, Tombola oder Sammlung.“

Als Ziel wird hingestellt, eine runde Million für die Opfer der russischen Hungersnot und der Cholera aufzubringen.“

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der 5.

internationalen Binnenschiffahrt-Kongress wählt

die Kästenfunde zum Misvergnügen der leitenden

Kreise an der Newa gegenwärtig auf kein Gehör

in Frankreich hoffen dürfen, die Sympathien der Russen wach zu erhalten.“

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der 5.

internationalen Binnenschiffahrt-Kongress wählt

die Kästenfunde zum Misvergnügen der leitenden

Kreise an der Newa gegenwärtig auf kein Gehör

in Frankreich hoffen dürfen, die Sympathien der Russen wach zu erhalten.“

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der 5.

internationalen Binnenschiffahrt-Kongress wählt

die Kästenfunde zum Misvergnügen der leitenden

Kreise an der Newa gegenwärtig auf kein Gehör

in Frankreich hoffen dürfen, die Sympathien der Russen wach zu erhalten.“

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der 5.

Frankosen, ein ganzes Sündenregister; 1854 der Krimkrieg, dann die ungroßmütige Haltung beim Pariser Frieden, 1863 die freche Unterstüzung der aufständischen Polen und stets das Hand in Hand geben mit England. Obgleich nur Russland 1873 Frankreich vor dem endgültigen Untergang gerettet habe, sei auf dem Berliner Kongreß von dem offiziellen Frankreich nichts geschehen, um die Russland schädigenden Bestimmungen des Kongressaktes zu leugnen. Neuerdings sei sogar die russische Flotte, als sie den Kolonien Aschaffenburg, von Frankreich beschlossen worden, und das alles den Engländern zu lieben, die doch Russland wären. Ja, selbst nach Kronstadt, da der Zar „geruh“ hatte, ein französisches Kriegsschiff durch seine Gegenwart zu „beglücken“, sei eben jenes Geschwader gleich darauf nach England gefahren!!

Und da wolle Frankreich Russland sogar mit anderen Alianzen drohen! Folgt ein Dymas auf den Zaren, der alles weiß, alles kann, und alles selbst thut, dessen Winkel Russland folgt, wovon immer er weißt mag; denn, was er gebietet, ist weise.

Der Zar treibe russische, nicht französische Politik, er nehme die Sympathie Frankreichs freundlich entgegen, damit möge man sich genügen lassen und nicht mehr verlangen. Keineswegs biente Russland daran, den Frieden, dessen es vor allem bedrängt, zu gefährden durch Anerkennung eines französischen Rechtes auf Elsass-Lothringen u. s. w.

Die Moral dieser Ausführungen ist klar: Frankreich steht so tief in Russlands Schulde, daß es noch lange wird abzahlen müssen, ehe Russland zu Gegenleistung bereit sein wird. Es ist eine Aufrufung, sich hinzustrecken, um die verdiente Büchtigung zu empfangen für den Lebarmuth seiner Journalisten; die Mahnung zur Demuth vor der Nation, die noch unendlich größer ist als die grändne nation!

In der That ein Schauspiel für Götter! Seit 20 Jahren wüßt Frankreich alle nationalen Würde und alle seine vitalen Interessen hin, um ein Lächeln von den „Barbaren des Ostens“ zu erhalten, und der einzige Lohn ist — ein Tritt. Ein Tritt von diesem finanziell und moralisch baumerotteten Staat, der die Welt künftig mit dem Aufzug großer Worte und mit der Brutalität, die er den wehlosen Fremden gegenüber in Anwendung bringt, die das Unrecht haben, an ihm gebunden zu sein.

Ob nicht Frankreich diesen Erfahrungen gegenüber so weit zur Besinnung kommen sollte, um einzusehen, daß es seine Zukunft verpielt durch sein Schielen nach Russland hin, und daß es nur einen Weg giebt, wieder zu Macht und Einfluss zu gelangen — das ist die rückhaltlose Anerkennung des Frankfurter Friedens? Wir glauben es nicht! Frankreich ist mit Blindheit geschlagen, und seine Presse thut alles, um dem französischen Volke die Möglichkeit zu nehmen, die Dinge in ihrer wirklichen Gestalt zu sehen. Auch jene Absege Russlands, die heute der „Grahdan“ vermittelt, wird den Franzosen vorenthalten werden — und vielleicht ist Russland bereit, nächstens wieder einmal zu lächeln, damit die Franzosen — zahlen!

Petersburg, 22. Juli. (W. T. B.) Am 20. Juli fanden in Astrachan 167 Erkrankungen an Cholera und 120 Todesfälle vor, in Woronosch am denselben Tage 5 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Kasan 5 Erkrankungen und 8 Todesfälle, 10 Cholerafälle blieben in Behandlung, in Samara 86 Erkrankungen und 44 Todesfälle, in Saratow 109 Erkrankungen und 74 Todesfälle. In Jarzin wurden am 19. d. Mts. 53 Erkrankungen und 38 Todesfälle an Cholera konstatiert, 90 Kraute blieben in Behandlung, in Rostow 53 Erkrankungen und 24 Todesfälle, in Awo 52 Erkrankungen und 16 Todesfälle, in Taganrog 10 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Bath 29 Erkrankungen und 22 Todesfälle und am 20. d. Mts. 32 Erkrankungen und 23 Todesfälle. In Simbirsk sind bis zum 20. Juli 69 Erkrankungen und 16 Todesfälle konstatiert worden.

Petersburg, 22. Juli. (W. T. B.) Der Sekretär des Medizinalrats, Professor von Arxep, begiebt sich am nächsten Montag nach Nischni-Novgorod, um die sanitäre Überwachung der Meile, sowie des gesammten Gouvernements zu übernehmen.

Petersburg, 22. Juli. (W. T. B.) Durch ein heute veröffentlichtes Gesetz wird die Polizei ermächtigt, die Hebräer aus den Dörfern, in denen sie sich nicht aufhalten dürfen, nach den für den ständigen Aufenthalt derselben bestimmten Dörfschaften auszuweisen.

Serbien.

Belgrad, 22. Juli. Anlässlich des Besuches den König Alexander seinem Vater in Ems abzustatten, hat sich eine überaus standhaftes Zeitungs-polemik entpinnen. Das „Amtsblatt“ erklärt, daß der König nicht zum Besuch seines Vaters, sondern zum Kurzraum nach Ems gegangen sei. Der „Objet“ versichert, Milan habe nach Ems weder die Tänzerin Subra, noch andere zweitweise Personen mitgebracht. Alles sei nur erfunden, um das Ansehen Serbiens und des Thrones zu untergraben. Dagegen erklärt „Mala Novina“, das schwäbische, widerwärtige Schauspiel, den König gewungen eine Lust mit den entarteten Zuhälterinnen seines Vaters almen zu sehen, einen solchen Skandal könne kein lügenhaftes Dementi verdecken.

Griechenland.

Athen, 22. Juli. (W. T. B.) Die Provinzen aus den Hafen des schwarzen Meeres werden anstatt der bisherigen Beobachtung fortan einer elbstigen Quarantäne unterworfen, die Provinzen von Kertsch bis zur rumänischen Grenze unterliegen jedoch nur einer fünftägigen Beobachtung.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Juli. (W. T. B.) [Meldung der „Agence de Constantinople“.] Die Regierung ist mit der Prüfung eines Entwurfs des Präfekten der Schulverwaltung, Gaillard, beschäftigt, welchen derselbe auf Eruchen behufs sofortiger Sicherstellung des zur Ansitzung Konstantinos erforderlichen Betrages vorbereitet hat. Die in diesem Entwurf vorgeschlagene neue Einnahmequelle, welche etwa 60.000 türkische Pfund jährlich ergeben würde, dürfte wahrscheinlich als Garantie für ein Anlehen dienen, welches, wie verlautet, die Regierung zur Ausführung prophylaktischer Maßnahmen aufzunehmen beabsichtigt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Juli. Die seit Kurzem in Thätigkeit getretenen Aufsichtsbeamten der Invaliditäts- und Altersversicherung haben die Aufgabe, die pünktliche Befolgung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihnen auf Verlangen über die Zahl der beschäftigten Personen und die Dauer der Beschäftigung Auskunft zu ertheilen, sowie die Quittungskarten zur

Einsicht gegen Bescheinigung zu übergeben. Die Beamten, die alle diese Auskünfte nur während der Geschäftsstunden erfordern dürfen, sind ausdrücklich angewiesen, sich jedes entbehrenlichen Einbringers in die Verhältnisse des Arbeitgebers zu entnehmen und über alle dienlich zu ihrer Kenntnis kommenden Thatsachen stillschweigen zu beobachten, sowit sie nicht Anzeige an die untere Verwaltungsbehörde oder den Vorstand der Versicherungsanstalt zu machen haben.

— Die Rettungsstationen der „Deutsche Seelschiffbrüder“ zur Rettung Schiffbrüchiger waren, wie aus dem Jahresbericht der Gesellschaft ersichtlich, im verlorenen Geschäftsjahr fünfzehn Mal mit Erfolg thätig und haben 69 gefahrdete Personen aus den Wellen entzogen. Von diesen Rettungen entfallen 51 auf die Boote, 18 auf Raketensapparate. Die Gesamtzahl der seit dem Bestehen der Gesellschaft durch deren Brüder geretteten Personen ist damit auf 1961 gestiegen. Davon wurden gerettet durch Boote 1608 Personen in 293 Strandungsfällen, durch Raketensapparate 293 Personen in 63 Strandungsfällen. Neu errichtet sind drei Bootstationen, und zwar zu Friedrichsberg (Bezirkswerein Heide), auf der Insel Süderoog (Bezirkswerein Husum) und zu Barthol (Bezirkswerein Stralsund). Die Gesamtzahl der Stationen beträgt nunmehr 116. Die vom Vorstand alljährlich zu verleihende Ehrenmedaille „Preis Emile Robin“ in Höhe von 400 Mark erzielt der Kapitän W. Langen vom Geestemünder Dampfer „Standard“. Er hatte am 20. November 1890 im Atlantischen Ozean die aus 13 Personen bestehende Bepladung der englischen Barke „Cloud“ gerettet.

* Bei dem Restaurateur Eduard Aßmann, „Pöhlharmonie“, Polizeirat, ist am 19. d. M. in seiner dorthin eine Treppe hoch belegenen Wohnung ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Der Dieb scheint zunächst das Dach der Veranda bestiegen und sich von dort durch das offen stehende Fenster Eingang in die Wohnung verübt zu haben. Er erbrach den Damenschreibtisch und entwendete aus demselben 485 Mark baares Geld. Der Dieb entkam, ohne daß es gelang, seiner habhaft zu werden.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,20—1,30 Mark, Bordfleisch 1,10 Mark, Filet 1,80 Mark; Schweinefleisch: Rostfleisch: Kotlettes 1,10—1,80 M., Schinken 1,30 Mark, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Keule 1,30 Mark, Bordfleisch 1,10 Mark, Kotlettes 1,60 M.; Hammelfleisch: Kotlettes 1,40 Mark, Keule 1,20 Mark, Bordfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark je Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger.

In Zirkwitz ist am 14. Juli und in Canteck, Raditz und Wittstock (Pom.) am 15. Juli je eine mit den Orts-Postanstalten vereinigte Telephon-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesservice eröffnet worden.

Wie das „Schivelbeiner Krebs.“ hört, hat der Minister die Genehmigung für eine seitens des Kreises beschlossene Proz. Zinsgarantie für das Anlagekapital behufs Erbauung einer Sekundärbahn von Regenwalde nach Piepenburg nicht erteilt. Es dürfte nunmehr das seit lange bestehende Projekt Schivelbein-Regenwalde-Piase in Aussicht auf Gültzow-Wietstock weiter in Aufnahme kommen und hoffentlich die Ausführung nahe bevorstehen, da der Geh. Kommerzienrat Lenz-Stettin, der Begründer eines Bahnbau-Konsortiums, diesem Projekt jetzt näher getreten ist, nachdem ein größerer Güter- und Dorfkomplex zwischen Schivelbein und Regenwalde häufig in seinen Besitz übergegangen. Wir hoffen, so schreibt das genannte Blatt, daß der Bauhau Schivelbein-Pölzig zum Besitz begonnen und schneller gefördert werden wird wie beispielweise der Bauhau Görlitz-Rammen-Wollin (68 Km.), der 6 Jahre erfordert hat, während die Privatbahn Altdamm-Röbel (127 Km.) in 14 Monaten und erfahrungsgemäß durchaus gebiegen gebaut wurde.

(Personal-Chronik.) In Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers, Obergerichts-Ältesters a. D. Mühlbeck zu Groß-Wiecheln ist der Rittergutsbesitzer Schumann zu Daarz zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Randow gewählt worden. — Die durch Penitentia-Rentmeisterstelle bei der hiesigen Rentenbank ist dem bisherigen Rentenbank-Buchhalter Beller verliehen worden. — Der Regierungs-Rath Windmüller von der königlichen Regierung zu Stettin ist an die königliche Regierung zu Minden versetzt worden. — Im Kreise Randow ist für den Standesamtsbezirk Nassenheide der Amtsschreiber Franz Helm zu Nassenheide zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten ernannt.

(Personal-Veränderungen im Bezirk der königlichen General-Kommision für die Provinien Brandenburg und Pommern.) Zu Kreisverordneten für den Kreis Uebendorf-Wollin sind gewählt worden: 1. der Rittergutsbesitzer Axel Benzmer zu Leusin, 2. der Rittergutsbesitzer August Rudeloff zu Eriense, 3. der Oberamtmann Karl Eggers zu Ziemiß. Die Wahl ist bestätigt.

Was den Provinzen.

Greifenberg, 22. Juli. In diesem Frühjahr sind auffallend viele Deutsche, die vor Jahren von hier und aus der Umgegend nach Amerika auswanderten, und dort in den verschiedenen Staaten des Nordens sich ein neues Heim gründeten, nach hier zum Besuch gekommen. Die Leute sind nach ihrem Aufstreben und ihren Erzählungen durchweg gut stiirt, einige sogar in ganz brillanten Verhältnissen, doch hört man von keinem dieser Deutsch-Amerikaner, daß sie irgendeinen Menschen zur Auswanderung ermuntern oder zureden, sondern im Gegenteil; sie raten jedem, der hier ein irgend auskömmliches Brod hat, im alten Vaterland zu bleiben und nicht den Kampf ums Dasein jenseits des Ozeans aufzusuchen, der dort weit schwerer ist und dem dort Viel schneller unterlegen wie hier.

Brenzl. Wie die „Prenzl. Blg.“ hört, hat Ihre königliche Hoheit, die Frau Herzogin von Connaught, Chef des hiesigen Infanterie-Regiments, zur Feier ihres Geburtstages am 25. d. Mts. ihrem Regiment Fabrikhänder gestiftet, welche in höchster Auftrag gegeben ist. Hoheit der Prinz Friedrich Leopold, Bruder der Frau Herzogin, am Montag, den 25. d. Mts., dem Regiments feierlich überreichen wird. Eine kombinierte Kompanie des Füsilierbataillons mit der Fahne wird zu diesem Zwecke von Angermünde nach hier kommen. Die Feier wird auf dem kleinen Exerzierplatz vor dem Stettiner Thor vor sich geben. Se. königl. Hoheit gebeten am Montag um 12 Uhr 4 Min. hier einzutreffen und um 12 Uhr 45 Min. Brenzl wieder zu verlassen. Offizieller Empfang seitens der Börse der Stadt und des Kreises wird dem Vernehmen nach nicht stattfinden.

Gingesandt.

Mittele Brachungen gelten der Sonntagsruhe in den geschäftigen Verkehr, und glaube ich, daß es vielen Geschäft- resp. Kaufleuten genau so oder ähnlich so ergibt, wie mir.

Ich betreibe in Grabow ein kleineres Kolonial-Waren- und Destillations-Geschäft mit Flaschenverkauf, seit ca. 4 Jahren bin ich hier ansässig und habe mich bis jetzt recht ernährt, wenngleich ich auch einen nennenswerten Verdienst über Überschuss gerade nicht erzielt habe. Seit dem 1. Juli ist nun das Gesetz betreffs der Sonntagsruhe in Kraft getreten und kann ich heute noch nicht beurtheilen, ob ich unter diesen Umständen noch weiterhin bei meinem Geschäft meine Existenz werde fristen können. Nach meinen bisherigen Erfahrungen habe ich hierdurch reichlich den 2. Theil meiner durchschnittlichen Einkommen eingebüßt; der Verdienst hat eine noch größere Endsumme erlitten, da gerade Sonntags Nachmittags Artikel wie Bier, Zigaretten, Schnaps (für den ordentlichen Arbeiter und kleinen Handwerker ein gewisser Luxus, den er sich an Wochenenden oft entzogen muß) in hiesiger Gegend am meisten gekauft werden und dies für den Händler Artikel sind, woran er noch einigermaßen verdient, außerdem wohnen in dieser Gegend zum größten Theil Arbeiter, die des Tages über nicht zu Hause und ihre Bedürfnisse auf der Stelle oder in der Nähe ihrer Arbeit (Bauten und Fabriken), wo sie gerade beschäftigt sind, befriedigen.

Viele neuere ministerielle Entscheidungen ist nun auch den Schantwirten der Handel mit ihren Artikeln über die Straße gestaltet und haben nun diese Geschäfte gegen uns, die wir schon unter dem Druck der schlechten Zeiten, der Konsum- und Beamtenvereine, sowie sonstiger anderer Schleißgeschäfte sehr zu kämpfen haben, einen immer größeren Vorzug; ich verdenne es ja den Herren, die in den glücklichen Besitz solcher Konzessionen sind, durchaus nicht, daß sie ihren Vortheil nach Kräften ausnützen, ich würde es ja selbst nicht anders machen. Ich werde, nach den bisherigen Erfahrungen zu urtheilen, durch die Sonntagsruhe einen Ausfall am Verdienst von mindestens 600 Mark jährlich haben, ob dann mein Geschäft, wie ich schon erwähnte, wo ich mit meiner Frau allein arbeite, für die Dauer existenzfähig ist, weiß ich heute noch nicht, habe aber gerechtfertigte Zweifel daran; ich habe bis her den Sonntag in der Regel mehr Einnahme wie in 3 Wochen, was ich event. laut Buch beweisen kann, und ist mir das Geschäft am Sonntag Nachmittag von 2 Uhr ab stets bedeutend lieber gewesen wie an jedem Tage in der Woche.

Als Mensch und Christ billige und lobe ich das Prinzip, jedoch müßten die sonstigen Einrichtungen auch dementsprechend geregt werden, den Arbeitern z. B. ihr Lohn am Freitag Abend ausgezahlt, ihnen am Sonnabend vielleicht um 4 Uhr Nachmittags gestattet werden, Feierabend zu machen, damit sie ihre Bedürfnisse besorgen können und dann, was die Haupsache ist: möglichst die Sonntagsruhe eine allgemeine, d. h. auf jeden Gewerbetrieb, ohne Ausnahme ausgebührte sein; auf die jetzt gehandhabte Weise werden ein groß Theil der Existenz kleinerer Geschäftleute, die sich auf reelle und anständige Weise zu ernähren bestreben, an's Spiel gesetzt und event. dem Ruin zugeführt. Auch den Gehälften des Kaufmannsstandes gereicht nach meiner Ansicht dies Gesetz nicht zum Segen, dieselben werden meistens schlecht bezahlt, namentlich in Detailgeschäften und oft genug kann der Prinzipal selbst nicht mehr geben, weil er auch nichts verdient, das ganze Gewerbe der Materialwaren-Kleinhandel liegt eben zu tief darunter; ich habe früher als jüngerer Gehilfe bei einem Gehalt von jährlich 300 Mark bei freier Station reichlich zu thun gehabt, daß ich mich, wo ich alle 3—4 Wochen meinen freien Sonntag hatte, anständig und standesgemäß in Wäsche und Kleidung hielt; wie ich es in solchem Falle jetzt bei der vielen freien Zeit machen sollte, weiß ich nicht, die freie Zeit kostet doch jungen Kaufmannen immer Geld, Gelegenheit ist da — und jeder ist nicht in der angeborenen Lage, von seinen Eltern resp. Verwandten Zuflucht erhalten zu können.

Ich hoffe und glaube bestimmt, daß dieses Gesetz in der Form noch eine große Umgestaltung erfahren muß, in der jetzigen Weise wird es wohl zweitweise immer den Einen auf Kosten des Anderen schädigen oder nützen und in dieser Absicht kann es doch wohl nicht erlassen und gegeben sein?

Hafer 160. Hen 1,50—2,00. Stroh 30—32. Kartoffeln 60—66.

ia Philadelphia 5,95. rohes (Mark Barkers) 5,40. Pixe fine certi. per August — D. 52^{1/2} S. Mehl 3 D. 25 S. Rothen Winter-Weizen lolo — D. 88^{1/2} S. Rothen Winter-Weizen per Juli — D. 86^{1/2} S. per August — D. 85^{1/2} S. per Dezember — D. 88^{1/2} S. Getreidefracht 2^{1/2}. Mais per August 55^{1/2}. Buder 2^{1/2}. Schmalz 10 S. 7,50. Kasse Rio Nr. 3 134^{1/2}. Kasse per August ord. Rio Nr. 7 12,35. Kasse per Oktober ord. Rio Nr. 7 12,35. Weizen (Anfangs-Kours) per Dezember 89^{1/2}.

Berlin, den 22. Juli 1892.

Butter-Wochen-Bericht

von

Gehrüber Lehmann u. Co.

NB. 6. Kufenstrasse 43—44.

Durch den eigenen Verbrauch zur Ernte sind die Zufuhren jetzt etwas kleiner, wodurch die Preise für seine Butter um 3 Mark erhöht werden können.

Lambutter stieg ebenfalls um 3—5 Mark im Preis.

Im Großhandel an Produzenten franko Berlin bezahlte Abrechnungspreise sind: (Alles per 50 Kilo) für seine und feinste Sahnebutter von Gütern, Milchpachten und Genossenschaften Ia 96—98, IIa 93—95, IIIa —, abschließend 88—92 Mark.

Landbutter: pommerische 78—80, Neubrucker 78—82, preußische und Wittauer 80—85, polnische 78—82, galizische 73—75, schlesische 83 bis 88, bayerische 84—86, bairische Landbutter —, — Mark.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 22. Juli. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Willems u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B. per August 4,50, per Oktober 4,50 Käufer.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 23. Juli. Die königlichen Eisenbahn-Direktionen haben zwar beschlossen, an Sonn- und Festtagen die regelmäßigen Viehzüge einzustellen; es sollen jedoch Viehsendungen mit einigen fahrlässigen Zügen auch an Sonn- und Festtagen befördert werden.

Die Schwester Emin Pascha's in Neisse bestätigen, daß die verbreitete gewesene Nachricht vom Tode Emin vollständig unbegründet sei. Sein letzter Brief an die Familie stammt vom Dezember.

Die katholischen Missionare Schäffer und Dier, für die deutsche Togo-Mission in West-Afrika bestimmt, stellen sich dem Auswärtigen Amt vor, woselbst sie einen kaiserlichen Schutzbrief empfangen. Vor gestern gingen die Missionare von Hamburg aus nach Westafrika in See.

Lüttich, 23. Juli. Anarchistenprozeß. Die Vertheidigung sieht das Blaiboyer für den deutschen Wirth Schlebach fort, welchen angeklagt ist, sein Lokal für die Anarchisten hergegeben zu haben. Der Staatsanwalt beantragt selbst die Freispruchung Schlebachs. Der ganze Prozeß wird voraussichtlich am Montag Abend zu Ende sein. Im Zuhörerraum haben sich noch viele französische Detektive und zahlreiche französische Anarchisten eingefunden.</